

# Wer Rot-Grün will, muß Rot + Grün wählen

**Stimmzettel**  
Sie haben 2 Stimmen.

**1. Stimme**

**2. Stimme**

**Parteiensinnung (Zweinstimmen)**

<input type="radio"/>	CDU	
<input type="radio"/>	SPD	
<input checked="" type="radio"/>	<b>B90/GRÜNE</b> Heidrun Heidecke, M.-J. Tschicha	4
<input type="radio"/>	FDP	

**Sachsen-Anhalt braucht Stabilität und Innovation.  
Unser Land braucht Reinhard Höppner und Heidrun Heidecke.**

INITIATIVKREIS „ROT-GRÜN FÜR SACHSEN-ANHALT“

Abb. 1: Der Initiativkreis  
„Rot-Grün für Sachsen-Anhalt“  
ruft bei der Landtagswahl 1998  
zum Stimmensplitting auf.

## Das rot-grüne Projekt – Rückblick auf eine kraftlose Koalition

### 1 Einleitung

Sieben Jahre lang ist die Bundesrepublik von SPD und Bündnis 90/Die Grünen regiert worden. Was einst als avantgardistisches, die Gesellschaft modernisierendes „Projekt“ der deutschen Linken und Neuen Mitte gesehen wurde, büßte nach und nach an Unterstützung durch den Wähler ein. Während 1998 noch in fünf Bundesländern, vielen Großstädten, Landkreisen und Kommunen rot-grün regiert wurde, hatte sich im Jahr der Abwahl, im Jahr 2005, das regionale sowie das bundespolitische Machtfundament erheblich reduziert.

Mittlerweile, da auf Bundesebene eine große Koalition regiert und sich mit der Linkspartei eine ernstzunehmende Konkurrenz im linken politischen Spektrum etabliert hat, hat sich die koalitionspolitische Ausgangslage auf dem bundesdeutschen Parteienmarkt weiter noch „zu ungunsten“ von Rot-Grün verändert. Zwar kommt es auf den verschiedenen parlamentarischen Ebenen durchaus zu erneuerten Annäherungstendenzen zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, doch geht es den beiden ehemaligen Koalitionspartnern dabei vornehmlich um die eigene Regierungsbeteiligung, weniger um die Ausformulierung einer gemeinsamen Leitidee oder um die Verwirklichung eines politischen „Projektes“. In seiner ursprünglichen Form, so scheint es, ist das „rot-grüne Projekt“ am Ende. Die dreigeteilte Fragestellung dieser Analyse ist daher folgende: Wie entstand Rot-Grün? Wie regierte Rot-Grün? Und welche Aussichten ergeben sich für Rot-Grün?

### 2 Rot-grüne Genese

Noch vor weniger als zwei Jahrzehnten fand das rot-grüne Koalitionsmodell bei Wählern, insbesondere aber bei den Partei-Aktivisten selbst wenig Akzeptanz (Jun 1994, S. 132). Es galt weithin unerwünscht, ja als tabu-beladen. Die SPD trennte programmatisch und organisatorisch mehr von den frühen Grünen als von ihren beiden ehemaligen Koalitionspartnern FDP und CDU. Die Gründungsgeneration der Grünen und die zeitgenössische Führungsriege der Roten konnten nicht viel miteinander anfangen – schließlich hatte vor der ersten konstruktiven Zusammenarbeit die Abgrenzung gestanden. Zwar gingen die 1979/80 während der Regierungszeit Helmut Schmidts gegründeten Grünen nicht unmittelbar aus der SPD hervor, doch speiste sich die linke Partei zu einem nicht unerheblichen Teil bei Funktionsträgern und Wählern aus enttäuschten SPD-Anhängern oder -Mitgliedern (Markovits/Gorski 1997)<sup>2</sup>. Im ersten Analyseschritt soll nachvollzogen werden, welche parteispezifischen Hemmschwellen abgebaut werden mussten, bis die Grünen, immerhin als Protest-Partei entstanden, Koalitions- und Regierungsfähigkeit erlangten und bis die SPD trotz des Gründungskonflikts die Grünen als bevorzugte Koalitionsoption anerkannte.

2 Die umfassende Studie zeigt, dass sich in der „lose und dezentral“ gegründeten Partei, die bundesweit erstmals bei den Europawahlen 1979 antrat, zu Beginn ein „breites politisches Spektrum“ vereinigte, das neben Ex-SPDlern von Umweltschützern über Wertkonservative bis hin zu Infiltrierungsversuchen NPD-nahestehender Gruppen reichte.

## 2.1 Koalitionsrestriktionen

Vor dem Machtwechsel von 1982 nahm die regierende SPD die Grünen und deren politische Anliegen nicht sonderlich ernst. Zwar empfand man erste regionale Wahlerfolge der „Ökopaxen“ als abtrünnigen Stimmenklau, hoffte aber, dass sie eine vorübergehende Mode-Erscheinung blieben, was angesichts der bis dahin währenden Stabilität des bundesrepublikanischen Parteiensystems nachvollziehbar war: Die vier seit 1949 im Bundestag vertretenen Parteien (SPD, CDU, CSU, FDP) hatten sich in den 70er Jahren rekord-integrationskräftig erwiesen. Sie verfügten über einmalig hohe Mitgliedszahlen und erhielten bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 insgesamt über 99% der Stimmen. Die Anfangserfolge der Grünen, die ab 1982 auch auf überregionaler Ebene regelmäßig die 5%-Hürde überspringen konnten<sup>3</sup>, galten bei der stetig Wählerstimmen verlierenden SPD als „weggeworfene Stimmen“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* 28.6.1979). Zwar mahnte der Parteivorsitzende Brandt, grünes Gedankengut zu integrieren, und forderte nach dem Bonner Machtverlust, in Hoffnung auf eine „Mehrheit links von der CDU“, „neue Gruppen nicht in Quarantäne zu stellen“ (*Die Zeit* 8.10.1982). Doch der Mehrheit seiner Mitglieder missfiel dies Werben einer „Samtjacken-SPD“ um neue Wählerschichten und Koalitionspartner (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* 14.7.1982). Die gewerkschaftliche und sozialbürokratische Traditionsfraktion sah die SPD im Kern als technik- und fortschrittsgläubig, nahm die Bürgerinitiativen gegen Kernkraft und Flughafenerweiterung als unmittelbar beschäftigtenfeindlich wahr, fremdelte mit den grünen Parvenüs, für die gerade der Zweifel an dem Projekt der Moderne konstitutiv zu sein schien. Die 1982 publizierten Thesen des Politologen und SPD-Grundwertekommissionsmitglieds Löwenthal explizierten die partei-spaltende Konfliktlinie zwischen Ökonomie und Ökologie. Die SPD, so das Postulat gegen Brandts Integrationskurs, solle sich „für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppe der Aussteiger entscheiden“ (Lösche/Walter 1992, S. 122). Der exemplarische „Kumpel in Dortmund“ sollte vor den dubiosen „Naturfreund in Ostfriesland“ gehen (*Die Zeit* 27.8.1982).

Die überwiegend der Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung der 70er und 80er Jahre entsprungenen Grünen scheuten sich ebenfalls zu Beginn vor rot-grünen Koalitionen. Zwar unterschieden sie sich und ihre Koalitionsvorlieben beinahe von Kreisverband zu Kreisverband,<sup>4</sup> dennoch einte die Geringschätzung der SPD als rechtsgerückte, strukturkonservative Partei, die regierend für NATO-Doppelbeschluss und den „Marsch in den Plutoniumstaat“ verantwortlich sei, Frauen strukturell benachteilige und die großen Staatssysteme (von Gesundheit bis Rundfunk) protegiere und verfilze. Erschwerend für Koalitionsbildungen kam hinzu, dass die Grünen ihrer anti-parteiischen Tradition zufolge lange nicht en gros nach Exekutivmacht strebten. Auch wenn es bereits in der Frühphase auf lokaler und kommunaler Ebene, bei überschaubarer Zahl an kooperativen Mandatsträgern, zu funktionsfähigen Koalitionen kam<sup>5</sup>, wäre rot-grüne Gestaltungspolitik auf Bundes- oder Lan-

3 Bei der Bundestagswahl 1980 erzielten sie noch 1,5%. Erste Landtagsparlamentseinzüge: 1979: Bremen 5,1%, 1980: Baden-Württemberg 5,3%, 1981: Berlin 7,1%.

4 Nicht einmal akzeptierten alle die vier geltenden Grundprinzipien: gewaltfrei, sozial, ökologisch, basisdemokratisch.

5 So war ab 1981 Kassels Hans Eichel erster rot-grüner Oberbürgermeister einer (traditionell sozialdemokratischen) Großstadt.

desebene zu dieser Zeit schwer zu verwirklichen gewesen, da die Grünen weder über programmatische Klarheit noch über funktionierende Führungsstrukturen verfügten. Exemplarisch für daraus resultierende rot-grüne Anlaufschwierigkeiten seien die gut 150 Tage dauernde und letztlich gescheiterte Koalitionsverhandlung zwischen der SPD und GAL in Hamburg 1982 und das erste rot-grüne Tolerierungsbündnis in Hessen genannt. Der Hamburger GAL-Fraktionsvorsitzende unterstützte radikale Hausbesetzer, zeitgleich dozierte der SPD-OB über die Unverletzbarkeit des exekutiven Gewaltmonopols (*Der Tagesspiegel* 10.8.1982). Das Schlagwort „Hamburger Verhältnisse“ wurde synonym für rot-grünes Chaos. In Hessen verweigerten die intern zerworfenen Grünen der tolerierten SPD-Landesregierung die Haushaltsentwurfzustimmung. Auch hier kam es zu Neuwahlen.

## 2.2 Rot-grüne Annäherung

Rot-Grün enttabuisierte und konkretisierte sich im Trial-and-Error-Prinzip. Die ersten Koalitionsverhandlungen auf Landesebene waren zäh und wenig erfolgreich: grüne Maximalforderungen trafen auf mangelndes sozialdemokratisches Einfühlungsvermögen und aufgeregte Kommentatoren in den Medien. Wie in Hamburg oder später bei den ersten Landesregierungen in Hessen oder Berlin war Rot-Grün von den meisten Akteuren alles andere als geplant oder gewünscht (Lees 2000); keins der ersten rot-grünen „Konfliktbündnisse“ überstand die erste Legislaturperiode. Allerdings blieb der SPD nur die Option, es mit den Grünen koalitions-technisch weiter zu versuchen, da sie seit 1982 einem festen, länderübergreifenden<sup>6</sup> Machtblock von CDU/FDP gegenüber stand und das relativ konstante Wachstum der Grünen eine bipolare Dynamik in das bis dahin währende „Zweieinhalb-Parteiensystem“ (Dittberner 1997, S. 217) brachte. So kristallisierten sich während der Regierungszeit Kohls Lager heraus. 15 Jahre gemeinsame Bundestagsoppositionserfahrung<sup>7</sup> und ein wachsender kommunaler Unterbau schweißten SPD und Grüne zusammen.

Zwischen Rot und Grün fand aber nicht nur eine machtstrategische, sondern auch sukzessiv eine inhaltliche Annäherung statt. Stetig wurden programmatische und organisatorische Differenzen abgebaut. Dabei wirkte der SPD-Generationswechsel zu machtwortversierten und wenig berührungängstlichen Spitzenpolitikern<sup>8</sup> sowie der Alterungsprozess der grünen Gründungskohorte begünstigend. Die SPD kehrte zwischenzeitlich zumindest verbalprogrammatisch vom Wachstumsdenken früherer Jahre ab, setzte statt dessen – man wollte wieder Teil der jungen sozialen Bewegung sein – auf Ökologisierung von Produktion und Konsum (Walter 2001b, S. 217), quotierte die innerorganisatorische Geschlechterstruktur, gründete Umwelt-Arbeitsgruppen. Das 1989 verabschiedete Berliner Programm war sichtlich und zeitgeistgemäß angegrünt. Weil die CDU zur gleichen Zeit eine Führungskrise durchlitt (Bösch 2002, S. 134), die Grünen in fast allen Landesparlamenten an der FDP vorbeizogen, wurde Rot-Grün auf Bundesebene informell schon vorbereitet (*Frankfurter Rundschau* 25.7.1989). Für Westdeutschland, so hat es den Anschein,

6 Erst 1987 kam es wieder zu sporadischen SPD/FDP-Landeskoalitionen.

7 Die Grünen waren 1990 – 1994 durch Bündnis 90 vertreten.

8 Lafontaine war einer der ersten, der 1985 offensiv für ein Bündnis mit Grün warb; 1990 wählte der neue niedersächsische Ministerpräsident Schröder bei freier Auswahl die Grünen zum Koalitionspartner.

wäre Rot-Grün 1990 fällig gewesen. Mehr als ein Zweckbündnis, wurde es als politsoziologisches Projekt der 68er und der Neuen Sozialen Bewegungen der 70er Jahre gesehen (Egle/Ostheim/Zohnhöfer 2003, S. 13).

Der Fall der Mauer machte die Projektträume zunichte. Rot-grüner Postmaterialismus wirkte angesichts der neuen Weltordnung plötzlich gestrig und unwesentlich.<sup>9</sup> Die SPD fiel bei der 90er-Wahl unter 32%, die West-Grünen verpassten den Bundestageinzug. Allerdings beschleunigte die nationale Einheit den Professionalisierungsprozess der Grünen. Sie verließen zusehends ihre alternative Protest-Provenienz. Die Fusion mit dem als „parlamentsorientierte Reformpartei“ definierten, ostdeutschen Bündnis 90 stellte eine realpolitische Wegmarke im grünen Entwicklungspfad dar. Zudem ebte der auf die Auseinandersetzung zwischen Fundis und Realos zugespitzte Gründungskonflikt ab. Die Spitzenvertreter der Fundis verließen die Partei 1991<sup>10</sup>, nachdem sich die grünen Parteistrukturen mit der weiträumigen parlamentarischen Etablierung und der wachsenden Zahl an Regierungsbeteiligungen und Koalitionspartnern (kommunal auch mit CDU, FDP, PDS) denen der Alt-Parteien angepasst hatten. Im Rahmen der institutionalisierten Arenen zu wirken zwang die Grünen, Kompromisse einzugehen, basisdemokratische Ansprüche und Rotationsprinzipien, die sich als leistungshemmend entpuppten, peu à peu fallen zu lassen. Sie schlossen allmählich die Expertise-Lücke zu anderen Parteien, bauten Netzwerke und Ressourcen, lernten Regieren und Opponieren nach parlamentarischen Spielregeln. Während sie bei ihrer ersten Bundestagslegislatur kaum Ausschüsse adäquat besetzen konnten – nur ein gelernter Anwalt war in der Fraktion – verfügten sie bald über ressortübergreifende Fachkompetenz, über Oberbürgermeister und Ex-Justizminister. Wenngleich es bei grüner Koalitionsbeteiligung meist zu standardisierter Ressort-Verteilung (Umwelt, Familie) kam, war die Umweltfrage bald schon nicht mehr das alles andere dominierende Politikfeld der Partei. Man modifizierte den einstigen rechtsstaats- und wachstumskritischen Ansatz und anerkannte den Gestaltungsauftrag von Parteien. Mitte der 90er Jahre kursierten erstmals schwarz-grüne Gedankenspiele.

Die zweite Generation rot-grüner Landeskoalitionen seit Mitte der 90er Jahre trug deutlich diese umgangserfahrenere, „hartgesotten pragmatische“ (Meng 1993, S. 71) Handschrift. Auch wenn meist bei strittigen Projekten (etwa: Braunkohleförderung in Nordrhein-Westfalen oder Ostseeautobahnbau in Schleswig-Holstein) der ökonomische den ökologischen Anspruch überwog, bemühten sich die Koalitionspartner, so wenig Demarkationslinien wie möglich zu offenbaren. Signifikante Bedeutung für den Machtwechsel von 1998 kam dabei der 1995 gebildeten rot-grünen Koalition in NRW zu. Das Regierungsbündnis im bevölkerungsreichsten Bundesland mit hoher Schwerindustrie- und organisierter Arbeiterdichte galt gemeinhin als rot-grüner Lackmestest, als Vorläufer zur Ablösung Kohls. Allerdings gab es neben medialer Euphorie – selten wurde das „Projekt“ so zahlreich besprochen – auch erbitterten Widerstand. Während eine Klientel aus Akademikern und Dienstleistungsbeschäftigten Rot-Grün favorisierte, forderten Traditionsgewerkschaften

9 Der mit Rot-Grün gescheiterte Berliner OB Momper prägte den Begriff des „Auslaufmodells“.

10 Im Anschluss an einen mehrere Professionalisierungsstrukturreformen beschließenden Parteitag in Neumünster.

wie IG Bergbau, Chemie und Energie vergebens eine Koalition mit der CDU. Der „Kumpel in Dortmund“ hatte aufgehört, repräsentativer Bezugspunkt sozialdemokratischer Macht- und Identitätsstrategie zu sein.

Auf Bundesebene dagegen hielt sich die SPD durchweg die Option zur großen Koalition offen. Um die allgemeine Koalitionsfähigkeit nicht einzuengen und dem Rot-Grün von Anbeginn begleitenden Negativ-Campaigning nicht Vorschub zu leisten, verzichteten die Kanzlerkandidaten Rau, Lafontaine, Scharping und auch Schröder 1998 vorab auf eine Koalitionsaussage zugunsten der Grünen. Die SPD regierte 1998 mit vier verschiedenen Koalitionspartnern<sup>11</sup>, wollte den „neuen Mittelstand“ (Vester 2001, S. 104) erreichen und keinen Lagerwahlkampf führen. So profilierten sich SPD und Grüne im auf beiden Seiten hoch professionalisierten 98er-Wahlkampf gegeneinander und nicht im Schulterchluss. Schröder warb als künftiger „Autokanzler“ im wirtschaftsliberalen Modernisiererduktus, und die Grünen leisteten sich eine kleine Kernwähler mobilisierende Renaissance, forderten auf ihrem Wahlparteitag 5-DM-Bezinsteuern und Bezugsscheine für Flugreisen. Ausschlaggebend für die Ablösung der CDU-FDP-Koalition 1998 war schließlich der Zuwachs der SPD auf fast 41% der Wählerstimmen. Sie konnte sich bei klassischen Wählerschichten, den (gewerkschaftlich organisierten) Arbeitern, behaupten und legte im Vergleich zur Vorwahl besonders bei den Wechselwählern unter den Angestellten und Ostdeutschen zu. Die Grünen indes verloren knapp, dennoch wies das Ergebnis mit zehn Mandaten Mehrheit deutlich Rot-Grün den koalitionsarithmetischen Weg. Obgleich viele Bundesminister vorher auch rot-grüne Landesminister waren und in der „sozial-ökologischen Reformpolitik“ noch ein für beide Parteien kompatibler Slogan gefunden wurde, existierte für das erste rot-grüne Bundeskabinett kein fertiger Entwurf. Die zum Teil ernüchternden Bilanzen der gemeinsamen Länderregierungen wiesen keinen wirtschafts- und arbeitspolitischen Königsweg; selten hatten sie in Zeiten knapper Kassen (haushälterisch) gegläntzt, sich aber auch nicht, wie oft befürchtet, als standortschädlich und gesellschaftsumstürzlerisch erwiesen. Die prägnanten Auswirkungen rot-grüner Politik vor Ort waren eher soft, dafür eindrücklich. Der Bus fuhr häufiger, die Mülltonnen wurden bunter, die Frauen-Quote im öffentlichen Dienst stieg.

### **3 Die rot-grüne Koalition auf Bundesebene**

Urteile über die rot-grüne Bundeskoalition fielen gemeinhin schlecht aus (u.a. Egle 2005 und *Neue Züricher Zeitung* 3.9.2005). Rot-grüne Politik galt als unbeständig, die regierende Elite bald als erschöpft und ideenlos. Insbesondere bei der SPD zeichnete sich in stetig sinkenden Umfragewerten und Wahlergebnissen ein kontinuierlicher Abwärtstrend ab. So kritisch allerdings waren die Bewertungen der Koalition nicht immer gewesen. Im Gegenteil: In der Hochphase der ersten rot-grünen Legislaturperiode gelang es Gerhard Schröder, die verschiedenen Kräfte der Verhandlungsdemokratie zu gelegentlichen, kompromissbereiten und deshalb funktionsfähigen Bündnissen zusammenzuführen (u.a. *Die Zeit* 6.7.2000). Es folgten der Beschluss zum Atomausstieg, zu Steuer- und Rentenreform. Das Wissenschaftszentrum Berlin verlieh der umweltpolitischen Leistung der Regierung das Etikett

<sup>11</sup> Neben Rot-Grün: Große Koalition in Berlin, mit der FDP in Mainz, mit der PDS in Schwerin.

„bemerkenswert“ (*Die Zeit* 15.9.2005). Die Koalition pflegte einen an die engen Handlungskorridore der Republik angepassten Regierungsstil, der einerseits personalisiert war und transparent wirkte, andererseits aber gleichzeitig ein zunehmend verdecktes Verhandeln ermöglichte (Grande 2000, S. 122-141). Das Verfahren in seiner Ausprägung war neu und sogar zeitweise ohne Mehrheit im Bundesrat erfolgreich. Parteiübergreifende Kritik aber übten die Parlamentarier, die den Verlust der eigenen Bedeutung witterten (*Süddeutsche Zeitung* 28.7.2000). In solchen Situationen offenbarten sich die Konfliktfelder der rot-grünen Koalition.

Im Gegensatz zu ihren lange miteinander harmonisierenden Spitzenvertretern Schröder und Fischer fiel den sozialdemokratischen und grünen Funktionären im Kabinett, in den Parteizentralen und im Bundestag die Zusammenarbeit schwer (*Die Zeit* 12.2.2004).<sup>12</sup> Bei unzureichender politischer Führung wurden koalitionsinterne Kontroversen an die Oberfläche gespült und sichtbar. Dafür exemplarisch war die Debatte über das Zuwanderungsgesetz (u.a. Thränert 2000, S. 24 ff.): In der von Wirtschaftsvertretern angestoßenen Diskussion waren es ihrer Tradition entsprechend die Grünen, die darauf drängten, Offenheit zu schaffen. Letztlich jedoch wurden sie am Kompromiss nicht mehr beteiligt und mussten vor der eigenen Partei ein von Otto Schily ausgehandeltes und von Günter Beckstein gelobtes Gesetz rechtfertigen, das Zuwanderung weniger fördert, sondern eher vor dem Hintergrund terroristischer Anschläge rigide reguliert. Das Ergebnis war ein Kompromiss, den die Parteien unterschiedlich gut verkraften konnten – die SPD besser als Bündnis 90/Die Grünen.

Die verschiedenen programmatischen Schwerpunkte oder gar Gegensätze zwischen Rot und Grün waren in der Genese der Parteien angelegt. Ziele und Schwerpunkte der Parteien differierten. Vorstellungen über die Dimension einer sozialen oder ökologischen Gerechtigkeit gingen auseinander (Markovits 2001, S. 4 f). Folglich verwunderte es kaum, dass sich Teile der sozialdemokratischen Klientel gegen zusätzliche, Industrie und Wirtschaft belastende Umwelt-Auflagen sperrten, ein großzügiges Staatsbürgerschaftsrecht oder ausgeweitete Zuwanderung nicht unterstützen mochten (Seidel 1999, S. 968). Ähnliche Schwierigkeiten bestanden auf umgekehrten Wege, wenn die grünen Regierungspolitiker ihren Mitgliedern und Wählern die Notwendigkeit von Bundeswehreinräsen ohne UN-Mandat unter dem Stichwort der „außenpolitischen Verlässlichkeit“ erklärten oder für den Atomausstieg und die Ökosteuer große Kompromissbereitschaft abverlangen mussten (Hacke 2002, S. 10 f und Egle 2003, S. 99 ff).

Einige politikwissenschaftliche Koalitionsforscher sahen in dieser Entwicklung allerdings nicht mehr als alltägliche Reibereien; existenzbedrohliche Krisen blieben schließlich aus (Kropp 2003, S. 29). Das mag im Vergleich zu vorangegangenen, gescheiterten Regierungsbündnissen richtig sein – immerhin gab es ja eine kulturelle Verbundenheit zwischen den Parteien. Dennoch diente die strukturelle innerkoalitionäre Uneinigkeit als Beleg für fehlende Ziele, für unbeständiges Regieren sowie für mangelnde Problemlösungskompetenz und wurde damit zur Achillesferse von Rot-Grün.

<sup>12</sup> Die nach außen reibungslose Zusammenarbeit von Kanzler und Vizekanzler war ein Kennzeichen der rot-grünen Regierungskoalition. Diese Koalitionsressource bröckelte jedoch seit den Diskussionen über die Reformagenda 2010 und dem Wechsel an der sozialdemokratischen Parteispitze.

Abb. 2: Die NRW-Grünen starten den großen Weckangriff auf die SPD: Landtagswahl 1995.

# WAS MACHEN WIR MIT DER SPD?



*BÜNDNIS 90*  
**DIE GRÜNEN**

Politik braucht Ideen – Grüner Schwung für NRW

Trotz dieser Konflikte gelang es der Koalition jedoch, gesellschafts- und umweltpolitisch einen Kurswechsel zu gestalten, der vor allem durch grüne Themen geprägt war, welche in ihrer Gestalt von den moderateren Positionen der SPD begrenzt wurden. Mussten die Grünen noch bei der Koalitionsvereinbarung zu Beginn des ersten Kabinetts Schröder/Fischer viele Kompromisse eingehen und sich mit dem Vorwurf der Schwäche auseinandersetzen (Prantl 1999, S. 14, und Gaus 2002, S. 1234-1334), waren dagegen die späteren Reformvorhaben der Bundesregierung – Ökosteuer und Dosenpfand, Staatsbürgerschaftsrecht und Homo-Ehe – niemals Herzensangelegenheiten der Sozialdemokraten gewesen. Zu sehr empörte diese gleichermaßen restriktive Umwelt- und liberale Gesellschaftspolitik Teile der eigenen Klientel (Raschke 2001, S. 422 f). Gleichwohl bekam Rot-Grün durch diese Konzepte ein Gesicht, dem die vor allem sozialdemokratisch und von gesellschaftlichen wie politischen Zwängen geprägte Sozial- und Wirtschaftspolitik nur wenig eigene Konturen gab. Auf die gesellschaftspolitischen Projekte der ersten Legislaturperiode folgten die einschneidenden Reformen der Sozialsysteme, denen sich auch Rot-Grün nicht mehr zu entziehen vermochte. Hierbei hinterließ die Koalition eher den Eindruck des gedrängten Reakteurs als den des innovativen Gestalters.

#### **4 Scheitern der Botschaft?**

Das hatte viel damit zu tun, dass Rot-Grün, früher als andere Regierungsallianzen zuvor, nicht mehr wusste, was es eigentlich wollte. Denn im Kern war Rot-Grün nicht so sehr ein politisches Projekt. Rot-Grün war vorwiegend eine kulturelle Attitüde, ein Generationsausdruck, ein Lebensgefühl. Dies alles aber setzte sich gesellschaftlich schon in den 80er und 90er Jahren weitschichtig durch. Was rechtlich davon noch in einzelnen Fällen sanktioniert werden musste, geschah im ersten Kabinett, wie zu sehen, durchaus früh und zügig. Aber in den zweieinhalb Jahren danach blieb Rot-Grün ohne genuine politische Plattform und Perspektive. Und im ganzen langen Wahljahr 2002 konnten weder Rote noch Grüne in irgendeiner Weise deutlich machen, was sie diesseits eines gemeinsamen Lebensgefühls und stilistischer Distinktionen politisch noch antrieb und weshalb ausgerechnet ihre sozial verengte Allianz aus hauptsächlich öffentlich Bediensteten zur großen Reform der Gesellschaft taugen sollte. Aus dieser tiefen politischen Leere resultierte das sprach- und begründungslose Wirrwarr der Bundesregierung nach 2002.

Es war wohl der Fluch dieser Generation: In den 70er Jahren kokettierte sie mit einigen dogmatischen Ideologien. In den 80er Jahren setzte sie sich davon flott und ironisch ab. Und in den 90er Jahren glaubte sie an kaum noch etwas. Ihr ursprünglich geistiges Gebäude lag in Trümmern (Walter 2002b, S. 72 ff). Derart normativ unbehaust stolperten sie an die Macht – und das noch dazu mit acht Jahren Verspätung gewissermaßen, da ihnen die deutsche Einheit den schönen Zeit- und Karriereplan durchkreuzt hatte. Die rot-grüne Regierungsgeneration also kam zu spät, daher schon ermattet, ausgelaugt, mittlerweile ohne feste Prinzipien, ohne den kristallinharten Überzeugungskern, den man wohl braucht, um Politik – die viel beschworene Reform der Gesellschaft – kraftvoll und trotz aller taktisch raffinierten Umwege auch zielorientiert zu betreiben. In Schröder kulminierte diese Grundsatzindifferenz der Politik, bündelte sich das Unvermögen, all die oft ja durchaus imponierenden Winkel- und Schachzüge einer beinharten Machtpolitik auf eine elaborierte Grundphilosophie zurückzuführen, auf eine Wertepremisse und einen

strategischen Fluchtpunkt. Rot-Grün, die Formation der früheren Diskursgeneration, verfügte darüber nicht. Rot-Grün war in gewisser Weise im Herbst 2002 eines der sinn- und begründungslosesten Regierungsbündnisse seit Bestehen der Bundesrepublik.

Dabei war der rot-grüne Anspruch in der Euphorie des unerwarteten Wahlsieges im September 2002 noch ganz anders. Ganz unverständlich war das nicht: Schließlich nahm der zweite Wahlsieg von Roten und Grünen den Machtwechsel von 1998 den Anstrich der Zufälligkeit, des historischen Ausnahmefalles. Und so kündigten einige Sozialdemokraten und Grüne im September/Oktober 2002 dann auch eine rot-grüne Epoche an, die sie begründen wollten, ein sozialökologisches Jahrzehnt, das die beiden Regierungsparteien zu prägen beanspruchten (*Die Zeit* 28.5.2003). Selbst der prosaische Bundeskanzler, der von historischer Übersteigerung nicht sehr viel hielt und der sich auf langfristige Versprechungen ungern einließ, schwadronierte in diesen Wochen von einer strukturellen Mehrheitsfähigkeit der „demokratischen Linken“ in Deutschland.

Tatsächlich erlebte die Republik in diesen Herbstmonaten 2002 eine vielleicht letzte Renaissance des linken Versprechens in der rot-grünen Allianz. Das hatte gewiss auch mit den Prägungen und Auswirkungen des Wahlkampfes zu tun, als sich im Land die alten Lager noch einmal für einige Wochen polarisiert gegenüberstanden: Gewerkschaften gegen Unternehmensverbände, die Reste der 68er-Kultur gegen die Traditionsderivate des alten Konservatismus. Insofern hatte sich der rot-grüne Wahlsieg 2002 auch mehr aus den alten Depots linkslibertärer und sozialetatistischer Fortschrittlichkeit als aus einer neu angelegten Identifikationsbasis der Ära Schröder selbst gespeist. Jedenfalls wurden die Wahlkampfverfahren des Sommers 2002 zur Voraussetzung für die kurze Abendröte eines linken Etatismus in den ersten Wochen der zweiten Regierung Schröder. Der Staat stand im Zentrum des gouvernementalen Kalküls. Er sollte für mehr Bildung, größere Sicherheit, bessere Umwelt und modernere Infrastrukturen sorgen. Dazu brauchte er Geld. Dafür erhöhte Rot-Grün die Steuern, weitete die Abgaben aus (*Die Welt* 3.12.2002 und *Süddeutsche Zeitung* 2.12.2002).

Aber dann waren Sozialdemokraten und Grüne abermals ganz unfähig, ihr Tun auf den Begriff zu bringen, einsichtige Ziele damit zu verbinden, jeden einzelnen Schritt in einen plausiblen Begründungsbogen zu spannen. Sie konnten nicht das, was sie eigentlich wollten: eine Epoche schreiben, prägen, formen. Das rot-grüne Kabinett hatte am Ende zwar einen dicken Koalitionsvertrag, der aber ohne politische Phantasie und Kreativität, gleichsam administrativ zusammenkompiliert war. Ihm fehlte es an Charme, an Aura, an Zauber, vor allem: an politischer Perspektive (*Der Spiegel* 28.10.2002). Und die spirituelle Dürre des zweiten Anfangs von Rot-Grün übertrug sich auch auf einen ersichtlich ermüdeten, entkräfteten Bundeskanzler, der die Regierungserklärung zu Beginn der zweiten rot-grünen Legislaturperiode lust- und inspirationslos ablas.

In dieses geistige Loch fiel dann die geballte Wut des wegen der überraschenden Wahlniederlage zutiefst frustrierten deutschen Bürgertums. Auch die Deutungseliten der Republik nahmen die Steuererhöhungspolitik der Regierung mit furioser Polemik unter Feuer. Und so sanken die kraft- und ziellosen rot-grünen Helden der kaum vergangenen Bundestagswahl widerstandslos darnieder. Aus der soeben noch optimistisch in Aussicht gestellten Epoche wurde eine klägliche Episode. Indes läu-

teten die rot-grünen Regenten rasch die nächste historische Reformperiode ein: das Zeitalter der Agenda 2010. Die Botschaft der neuen Agendapolitik stand im krassen Gegensatz zum Etatismus der Herbstmonate 2002, erst recht zu den Wahlversprechen des vorangegangenen Sommers, auch und vor allem zu allen wahlkämpferischen Losungen rot-grüner Aktivisten während all der langen Jahre in der Opposition unter Helmut Kohl. Reflexiv begründet wurde die jähe Kehrtwende nicht (*Rheinischer Merkur* 28.11.2002). Sie galt herrisch vom ersten Tag an kurz und knapp als „alternativlos“. Doch fehlte auch dem neuen Agendareformismus wie zuvor dem linken Etatismus der kohärente Rahmen, der sinnstiftende Wertekontext, gewissermaßen: die Vorstellung vom „gelobten Land“ nach einer offenkundig notwendigen Strecke der Dürre, des Entbehrens, der Einschränkung. Das alles zusammen jedenfalls – die jähe Revision früherer, über Jahrzehnte gewachsener Basisidentitäten, das geistige Vakuum im Neuen, das autoritäre Dekret von oben – löste unter den sozialdemokratischen Multiplikatoren und der Kernklientel in der Wählerschaft eine historisch einzigartige Erosion aus, die das Machtfundament von Rot-Grün weiter dezimierte und im Bund chronisch gefährdete.

Das alte rot-grüne Projekt hatte sich erledigt. Teils war es realisiert; teils hatte es sich diskreditiert; teils war ganz einfach die Zeit darüber hinweggegangen. Das neue Projekt der Agenda 2010 war geborgt, war im Grunde genommen von den langjährigen Gegnern geliehen, ja schlicht und schlecht kopiert. Dadurch hatten sich zumindest die Sozialdemokraten gleichsam von sich selbst entfremdet, hatten Aktivisten und frühere Anhänger ganz auf Distanz gebracht oder zumindest in eine passiv-reservierte Haltung abstandnehmender Zugehörigkeit versetzt. Und auch die Regierungspolitik litt an den Richtungswechseln seit 1998. Es waren nicht nur triviale handwerkliche Mängel, die zu Koordinationsspannen in der Regierungspolitik führten. Es waren die Unsicherheiten in der normativen Begründung und der Zielorientierung, die die gouvernementalen Handlungen sprunghaft, widersprüchlich, inkonsistent aussehen ließen (Walter 2004, S. 11 ff).

## **5 Eine neue koalitionspolitische Struktur?**

Schwarz-Grün war schon lange ein Thema, das die Großkommentatoren und Edelfedern der Republik überaus liebten und pflegten. Und mit der Bundestagswahl 2005 ist deutlich geworden, dass auch die Meisterstrategen im Lager der Union und der grünen Partei ein Faible für schwarz-grüne Winkelzüge haben. Das artistische Spiel mit den vielen koalitionspolitischen Bällen ist unzweifelhaft das Salz in der Suppe eines lebendigen Parlamentarismus, gehört zu den unabdingbaren Fähigkeiten eines beweglichen, raffinierten Politikers, der eben von Fall zu Fall Freund und Feind zugleich durch überraschende Rochaden verblüffen muss.

Indes dürfen Politiker die koalitionspolitischen Wendigkeiten nie zu weit treiben. Das Publikum schätzt es mehrheitlich nicht, wenn allein taktische Motive die politischen Allianzen schmieden. Und deshalb müssen auch die harten und kühlen Strategen des Partnerwechsels hin und wieder, dabei ganz *contre coeur*, mit „Werten“, „gemeinsamen Grundüberzeugungen“, „programmatischen Annäherungen“ operieren (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* 22.1.2003 und Hoffmann 1997, S. 628 f). Eben so lief das von Anfang an auch in der schwarz-grünen Debatte. Immer wieder und seit nunmehr 16 Jahren war bei den Protagonisten einer Kooperation von christlicher Union und ökologischer Partei von den wertekonservativen Schnittstellen zwi-

schen den beiden Lagern die Rede. Grünen gehe es ebenso gut wie Christdemokraten um die Bewahrung der Schöpfung, um Subsidiarität, um Dezentralität, um die Selbstverantwortung des Individuums, um solide Finanzen, eine intakte Heimat, gesunde Umwelt. Den Sozialdemokraten dagegen sei es vielmehr um das Kollektiv zu tun, um Staat und Bürokratie, um hybride Eingriffe in die Autonomie und Eigenverantwortlichkeit des einzelnen Menschen. Diese Refrains singen seit Jahren die intellektuellen Stichwortgeber des Schwarz-Grünen in der *Zeit* und zuweilen auch in der *FAZ*. Ein paar Takte stammen ebenfalls von Oswald Metzger und Heiner Geißler. Und wenn es ihnen in das machtpolitische Kalkül passte, trällerten auch einige Landesfürsten der Politik zwischen Saarbrücken und Düsseldorf, Weimar und Hamburg das Liedchen nach.

Und schließlich sind die hochemotionalen innerbürgerlichen Auseinandersetzungen, die die Generationen innerhalb der bundesdeutschen Elite seit den Dutsche-Jahren gespalten hatten, weitgehend beigelegt. Aus den Rebellen der Republik sind mittlerweile Repräsentanten geworden. Soziologisch sind die Grünen zu ihrer Herkunft zurückgekehrt. Keine Partei ist bürgerlicher als sie. Ihre Anhänger verdienen in Deutschland das meiste Geld; ihre Wähler verfügen über die höchsten Bildungsabschlüsse; ihre Sympathisanten urlauben häufiger und reisen weiter als alle anderen. Die Grünen sind die Partei der Beamten und Angestellten im höheren öffentlichen Dienst, der Empfänger von A15- und C3-Gehältern. Zugleich ist der Anteil von Unternehmern in ihrer Wählerschaft im Laufe der letzten Jahre signifikant angewachsen.

Doch eine veritable Schubkraft für reale schwarz-grüne Bündnisse löst der Kanon von gemeinsamen Grundwerten und Philosophien noch nicht aus. Der Ausgangsort für schwarz-grüne Annäherungen lag in den letzten Jahren woanders. Auf der einen Seite traten Grüne und Christdemokraten überall dort miteinander in Kontakt, wo der Generationenkampf und Ideologiekonflikt der 60er und 70er Jahre nicht ganz so rigide ausgetragen wurde, wo also ein schneidiges deutschnationales Bürgertum ebenso fehlte wie eine militant neomarxistische Jugendsubkultur. Man kann auch sagen: Grüne und Christdemokraten hatten es dort sehr viel leichter miteinander, wo die gemeinsame bürgerliche Lebenswelt nicht kulturkämpferisch rigoros zerschnitten war. Offenkundig traf das auf den deutschen Südwesten zu; in Baden-Württemberg jedenfalls begegneten sich Christdemokraten und Grüne früher, häufiger und unverkrampfter als in anderen Regionen der Republik (*Financial Times Deutschland* 27.9.2002).

Ein starker Motor für eine schwarz-grüne Zusammenkunft war auf der anderen Seite besonders in den 90er Jahren eine über die Jahrzehnte verfestigte Dominanz der Sozialdemokraten in den traditionellen Kernlandschaften der altindustriellen Arbeitswelt (Stürmann 1995, S. 23 ff). In Zechengebieten mit einer starken IG Bergbau und einer monopolartigen kommunalen Hegemonie sozialdemokratischer Stadtregenten wurden Grüne und Christdemokraten durch eine gemeinsame Leidens- und Demutszeit vielfach zusammengeschweißt. Als die vielerorts verfilzte und in Arroganz erstarrte SPD bei den Kommunalwahlen 1994 in einigen nordrhein-westfälischen Kommunen ihre Mehrheit verlor, traten schwarz-grüne Bündnisse ziemlich problemlos an ihre Stelle.

Nun ist diese Quelle schwarz-grüner Zusammenführung gewiss versiegt. Die altindustrielle Montangesellschaft ist endgültig untergegangen. Absolute Mehrheiten

und die Arroganz der Macht – das ist es derzeit nicht, was den Sozialdemokraten Kummer bereitet, was die Grünen abschrecken und in die Arme der Christdemokratie treiben wird. Wichtiger geworden ist dagegen die Gemeinsamkeit der bürgerlichen Lebenswelt (Herzinger 2003, S. 48 ff, und Eisel 2001, S. 33 ff). Die schweren innerbürgerlichen Auseinandersetzungen der 70er Jahre, welche die Generationen gespalten hatten, sind weitgehend beigelegt. Die unversöhnlich antisozialistischen Frontmänner der alten CDU sind nicht mehr da. Und die Grünen sind einfach älter, gemäßiger, arrivierter, gesetzter, mittiger geworden. Aus Studenten der Soziologie, Latzhosenträgern, Bauplatzbesetzern und Häuserkämpfern sind mittelalte Studiendirektoren geworden, die nun selber Eltern von pubertierenden Kindern sind, überdies Liebhaber edler Weine und teurer Urlaubsreisen, die während der abendlichen Entspannungsstunden Dylan und Doors ebenso hören wie Mozart und Schubert. Insofern aber unterscheiden sie sich alltagskulturell von gleichaltrigen Christdemokraten kaum noch. Im bürgerlichen Habitus und Stil-Empfinden sind sie sich einander vielleicht sogar ähnlicher als Grüne und Sozialdemokraten, da letztere die Unsicherheiten der sozialen Aufsteiger vielfach nicht ablegen können, oft zu dröhnend, zu nassforsch, zu parvenühaft auftreten. So jedenfalls wird es gerne ein wenig süffisant unter jüngeren Abgeordneten der Grünen kolportiert.

Daher muss dann bei den in das bürgerliche Herkunftsmilieu zurückgekehrten Grünen, zumindest der Nach-Fischer-Trittin-Generation, wohl nur noch der Handlungsdruck der Arithmetik und der schwer zu widerstehende Lockruf einer zweiten machtpolitischen Option hinzukommen, damit bald irgendwo in einem Bundesland und in mittlerer Frist vielleicht gar auf der Bundesebene eine schwarz-grüne Koalition gebildet wird. Denn natürlich gehen von der Arithmetik des Wahlausganges und der Chance der Machterweiterung der größte koalitionsbildende Antrieb aus. Die Union war auch in den 90er Jahren immer dann offen für schwarz-grüne Planspiele, wenn die FDP aus den Landtagen flog und als damals einzige Koalitionspartei ausfiel. Und die Grünen empfanden es 1998 als machtpolitische Beschränkung, allein mit den Sozialdemokraten gouvernemental verknüpft zu sein. Denn das schnürte ihren Spielraum gegenüber dem Kanzler der vielen Optionen zumindest in den ersten vier Jahren der gemeinsamen Regierungszeit bedeutend ein. Nun, da es für eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten schon arithmetisch nicht mehr reicht, treibt es die Grünen zu neuen Ufern. Die Grünen wählen nicht aus altruistischer Solidarität mit den dahinkümmernden Sozialdemokraten die Ohnmacht. Sie suchen, ganz ähnlich wie die FDP in den frühen 80er Jahren, ihr Heil und ihren Einfluss in einer neuen politischen Partnerschaft.

Andererseits: Das historische Beispiel der Freien Demokraten mahnt die Grünen auch zur Behutsamkeit. Allzu hurtig, wendig und begründungslos dürfen kleine Parteien Koalitionswechsel nicht vollziehen. Sie gelten dann als prinzipienlos, opportunistisch, machtersessen, was sie nach wie vor in der Wählerschaft stigmatisiert. Den Freien Demokraten hatten die Regierungswechsel infolgedessen schwer zu schaffen gemacht (Walter 1994, S. 1091 ff). Sie hatten dabei jedes Mal große Teile ihrer Wählerschaft verloren, auch ihrer Mitglieder, Funktionäre und Parlamentarier, 1982 zudem noch den Kern ihrer Nachwuchsgeneration. In einer gewissen Weise hat sich die FDP vom Koalitionsaustausch 1982 bis heute noch nicht recht erholt, da ihr parteiorganisatorisch wichtige Fundamente verloren gingen und die zukünftige liberale Elite von den Fahnen lief.

Nun mag man einwenden, dass die Jahre 1969 und 1982 noch ideologisch geprägt waren, dass die Parteien noch stärker in zementierten politischen Lagern hockten. Schwarz-Grün aber könnte von der Auflösung der klassischen Weltanschauungen und Milieus profitieren, da ein Koalitionswechsel nicht mehr als unverzeihlich politischer Verrat gilt. Doch ganz so sicher ist das nicht. Nach wie vor definiert sich der größere Teil auch der soziologisch verbürgerlichten Grünen-Anhängerschaft als links; das Gros davon siedelt sich im Grenzbereich zwischen Sozialdemokratie und Bündnisgrünen an. Ein Viertel der Grünen-Wähler würde, so die Expertise der Forschungsgruppe Wahlen Anfang Juli 2004, gar zu einer neuen Partei links von der SPD konvertieren (*Süddeutsche Zeitung* 10.7.2004). Und auch die christdemokratischen Strategen haben Sorge, dass eine Allianz mit den Grünen die Kampagnenfähigkeit ihres Aktivistenkerns gleichsam entwaffnet. Und die Deaktivierung der früheren Multiplikatoren gilt seit dem Niedergang der SPD, der mit dieser Sprachlosigkeit der früheren innerparteilichen Agitatoren zu tun hat, als Menektek in der Union. Parteien brauchen für die politische Kampagne zumindest Reste von historisch gewachsenen und dadurch konstanten Identitäten. Identitäten aber leben vom Gegenüber, vom Anderen, von dem man sich abgrenzt. Nehmen die Christdemokraten ihrer Kernklientel das Gegenüber, dann schwächen sie die eigene Mobilisierungskraft in den Wahlkampfmonaten. Überdies: In keiner sozialen Schicht sind die Grünen so unbeliebt wie bei den Arbeitern. Eben daher hat Rot-Grün die Sozialdemokraten auch entproletarisiert, die Union zugleich flächendeckend zur Partei der Arbeiterklasse in Deutschland gemacht. Schwarz-Grün würde den Christdemokraten die neu zugelaufenen Wählergruppen aus den unteren Schichten rasch wieder entziehen.

Kurzum und zusammen: Ein rot-grünes Projekt gibt es in Deutschland nicht mehr; ein schwarz-grünes Projekt hingegen gehörte bisher nicht zum Ehrgeiz derjenigen, die eine Allianz von Christdemokraten und Grünen anstrebten und anstreben. Deren Credo ist vielmehr: Eine solche Regierung macht man, aber man spricht zuvor nicht laut darüber (*Die Zeit* 6.2.2003). Nun scheiterte Rot-Grün gewiss nicht an einem Überfluss von Entwurf und Konzeption. Rot-Grün geriet in die Krise, als ihr Generation- und Kulturprojekt abgeschlossen war und ihr danach jede Idee von sich selbst fehlte. Es ist nicht ganz einsichtig, warum schwarz-grüner Pragmatismus zu mehr Richtung, Zielstrebigkeit und Konsistenz führen sollte, als der beinharte, oft instinktsichere, machtpolitische Situationismus von Schröder/Fischer. Doch müssen die Grünen wohl zielungenaue sein, wenn sie sowohl rote wie schwarze Koalitionen anstreben. Darin liegt die Chance der doppelten Option, der künftigen Machterweiterung; darin lauert aber auch die keineswegs geringe Gefahr, an Kontur, Substanz und erkennbarem Profil zu verlieren. Daher wird hinter den Kulissen gearbeitet. Union und Grüne nähern sich an, nur sprechen werden sie nicht allzu viel darüber.

## Literatur

- Bösch, Frank (2002): *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart; München.  
*Der Spiegel* (28.10. 2002): Kanzler im Grauschleier.  
*Der Tagesspiegel* (10.8.1982): Plog, Karsten: Hausbesetzung wird zum Stolperstein.  
*Die Welt* (3.12.2002): Gillies, Peter: Wenn der Staat auf Beute lauert.  
*Die Zeit* (27.8.1982): Huber, Josef: Warum die SPD mit den Grünen sich so schwer tut.  
*Die Zeit* (8.10.1982): SPD und Grüne.  
*Die Zeit* (6.7.2000): Hofmann, Gunther: Das System Schröder.  
*Die Zeit* (6.2.2003): Herzinger, Richard: Was für ein Zufall.  
*Die Zeit* (28.5.2003): Geis, Matthias/Ulrich, Bernd: Die verspätete Generation.  
*Die Zeit* (12.2.2004): Geis, Matthias: Ein Ehrenvorsitzender.  
*Die Zeit* (15.9.2005): Vorholz, Fritz: Die historische Chance.  
Dittberner, Jürgen (1997): *Neuer Staat mit alten Parteien. Die deutschen Parteien nach der Wiedervereinigung*, Wiesbaden.  
Egle, Christoph (2003): Lernen unter Stress. Politik und Programmatik von Bündnis 90/Die Grünen, in: Christoph Egle/Tobias Ostheim/Reimut Zohnhöfer (Hrsg.): *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*, Wiesbaden.  
Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohnhöfer, Reimut (2003): Einführung. Eine Topographie des rot-grünen Projekts, in: dies: *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*, Wiesbaden.  
Egle, Christoph (2005): *Politik unter Rot-Grün. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002–2005*, Wiesbaden.  
Eisel, Stephan (2001): Über den Tag hinaus: Schwarz-Grün, in: *Die politische Meinung, Heft 383*.  
*Financial Times Deutschland* (27.9.2002): Notz, Anton: Gefangen im schwarzen Turm.  
*Financial Times Deutschland* (23.12.2002): Schütte, Christian: Die Entdeckung der Ähnlichkeit.  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung* (28.6.1979): Die SPD im Gespräch mit den „Grünen“.  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung* (14.7.1982): Flack, Ulrich: Liebeswerben um die Grünen.  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung* (22.1.2003): Schwägerl, Christian: Auszug aus Hobbitland.  
*Frankfurter Rundschau* (25.7.1989): Winter, Martin: Rot-grün heißt die Parole, vorerst noch im Flüsterton.  
Gaus, Bettina (2002) im Gespräch in: *Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11*.  
Grande, Edgar (2000): Charisma und Komplexität. Verhandlungsdemokratie, Mediendemokratie und der Funktionswandel politischer Eliten, in: *Leviathan, Heft 1*.  
Hacke, Christian (2002): Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer. Zwischenbilanz und Perspektiven, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, B48*.  
Herzinger, Richard (2003): Schwarz-Grün ist die Haselmaus, in: *Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 4*.  
Hoffmann, Jürgen (1997): Schwarz-grüne Bündnisse in den Kommunen: Modell für Bund und Länder?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4*.  
Jun, Uwe (1994): *Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949*, Opladen.  
Kropp, Sabine (2003): Regieren als informeller Prozess. Das Koalitionsmanagement der rot-grünen Bundesregierung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, B43*.  
Lees, Charles (2000): *The Red-Green coalition in Germany. Politics, personalities and power*, Manchester.  
Lösche, Peter/Walter, Franz (1992): *Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei*, Darmstadt.  
Markovits, Andrei S. (2001): Überlegungen zu „Grün 2020“, Rede auf der 1. Grünen Sommerakademie.  
Markovits, Andrei S./Gorski, Philip S. (1997): *Grün schlägt rot. Die deutsche Linke nach 1945*, Hamburg.  
Meng, Richard (1993): *Links der Mitte. Welche Chancen hat Rot-Grün?* Marburg.  
*Neue Züricher Zeitung* (3.9.2005): Gujer, Eric: Zwischen Ideologie und Pragmatismus.  
Prantl, Heribert (1999): *Rot-Grün. Eine erste Bilanz*, Hamburg.  
Raschke, Joachim (2001): *Die Zukunft der Grünen*, Frankfurt/Main.  
*Rheinischer Merkur* (28.11.2002): Glotz, Peter: Vernachlässigtes Volk.  
Seidel, Eberhard (1999): Die Jahrhundertreform. Von der doppelten Staatsbürgerschaft zum Einwanderungsgesetz, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8*.

- Stürmann, Werner (1995): Kulturschock Schwarz-Grün, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 1.
- Süddeutsche Zeitung* (10.7.2004): Politbarometer: Die Stimmung im Juni. Für die SPD so wenig Zuspruch wie noch nie.
- Süddeutsche Zeitung* (28.7.2000): Kornelius, Stephan: Das gezähmte Parlament.
- Süddeutsche Zeitung* (2.12.2002): Pieper, Nikolaus: Mut zur Wahrheit.
- Thränert, Oliver (2000): Die Reform der Bundeswehr. Die Debatte bei den Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B43.
- Vester, Michael (2001): Gibt es eine „neue Mitte“? Die SPD und die Modernisierung der sozialen Milieus, in: *Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: Rot-Grün noch ein Projekt? Versuch einer ersten Bilanz*, Hannover.
- Walter, Franz (1994): Partei der Bessergekleideten. Die FDP auf dem Weg zurück in die Zukunft, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 9.
- Walter, Franz (2002a): *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, Berlin.
- Walter, Franz (2002b): *Politik in Zeiten der neuen Mitte*, Frankfurt/Main.
- Walter, Franz (2004): Zielloses Missvergnügen. Über das Elend deutscher Politik, in: *Internationale Politik*, Heft 5.